

Bundesrat empfiehlt „Selbstbestimmungsinitiative“ zur Ablehnung

Schweizer Werte auf dem Prüfstand

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament die Ablehnung der „Selbstbestimmungsinitiative“ der SVP. Das ist die einzig richtige Antwort auf diese wesentliche Gefährdung historisch verankerter Schweizer Werte. Die Auswirkungen wären in jeglicher Hinsicht fatal.

Der Bundesrat begründet seine Ablehnung mit Rechtsunsicherheit sowie mit beträchtlich negativen wirtschaftlichen und aussenpolitischen Auswirkungen. Dabei hat er die milde Formulierung gewählt. Denn die „Selbstbestimmungsinitiative“ ist faktisch eine „Vertragsbruch-Initiative“ und stellt die Zuverlässigkeit der Schweiz auf den Prüfstand.

Die Initiative ist eine Geringschätzung der völkerrechtlichen Errungenschaften. Sie ist deshalb auch eine „Anti-Menschenrechts-Initiative“ und würde zum Bruch der Schweiz mit der Europäischen Menschenrechtskonvention führen. Wie könnte die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition bei Menschenrechtsverletzungen andere Länder auffordern, das Völkerrecht einzuhalten, wenn sie selbst das Völkerrecht nicht bedingungslos als höchstes Gut betrachten würde?

Mit einem erneuten Versuch, die Schweiz in die Isolation zu treiben, torpediert die SVP damit das über Generationen erarbeitete Vertrauen in eine verlässliche Schweiz. Die BDP hingegen definiert die Souveränität der Schweiz über Offenheit, Solidarität sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Vernetzung. - Alles andere verhindert bürgerlichen Fortschritt.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Rosmarie Quadranti, 079 865 66 11

09.11.2016